

# Mein NEWSLETTER



## Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL  
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



Januar 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein turbulentes Jahr 2017 geht nun langsam zu Ende. In der Außenpolitik gibt es weltweit große Brandherde. Aber auch in unserem Land ist vieles zerbrechlich geworden.

An erster Stelle will ich hier die Demokratie nennen. Die meisten von uns kennen nur die Demokratie als Regierungsform. Vielleicht ist sie gerade deshalb so selbstverständlich für uns geworden. Sie ist aber keine Selbstverständlichkeit. Dazu genügt ein Blick in die Geschichte.

Demokratie ist ein großes Geschenk, das es zu schützen gilt. Oder wie Friedrich Ebert sagte: „Demokratie braucht Demokraten!“. Demokraten streiten nicht gegeneinander, sondern um die besten Ideen und Lösungen. Das gilt eigentlich immer — so auch jetzt, wenn es um die Bildung einer Regierung geht. Ja, wir sind wieder gefordert, so wie es immer war in unserer 154-jährigen Geschichte.

Ihnen/Euch nun aber erst einmal ein frohes, friedliches und gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2018.

Ihr/Euer



# FROHE WEIHNACHTEN!

## INHALT

- 2 **SPD-Bundesparteitag**
- 3 **Klartext: Sozialpartnerschaft beim Mindestlohn funktioniert**
- 4 **Unterwegs in Unterfranken und Berlin**
- 7 **Sophies Post aus den USA**
- 8 **Beiträge der MdL**

## KONTAKT/IMPRESSUM

### Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13  
97737 Gemünden  
Tel. 09351 6036563  
[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 227 73434  
[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB  
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## BUNDESPARTEITAG 2017 IN BERLIN



Im Kreise einiger Delegierter aus Unterfranken am Bundesparteitag (v.l.): **Helga Raab-Wasse** (Kreisvorsitzende und Bezirkstagskandidatin im Lkr. Miltenberg), **Sven Gottschalk** (Kreisvorsitzender und Landtagskandidat im Lkr. Main-Spessart), **MdL Martina Fehlner** (Aschaffenburg) und **René van Eckert** (Kreisvorsitzender und Landtagskandidat im Lkr. Rhön-Grabfeld).

Drei Tage intensive Debatten – kontrovers, inhaltlich stark und durchweg fair – kennzeichneten den Bundesparteitag der SPD.

**Hier die Ergebnisse:**

**Nach langer Aussprache stimmte der SPD-Parteitag für ergebnisoffene Gespräche mit CDU/CSU über eine Regierungsbildung.**

**Meine Meinung:** In Gespräche gehen - Parteitag - evtl. Koalitionsverhandlungen - Mitgliederentscheid. Ich halte nichts davon, eine GroKo per se auszuschließen.

**Mit 81,94 % wurde Martin Schulz als Parteivorsitzender im Amt bestätigt.**

**Meine Meinung:** Ein sehr gutes und ehrliches Ergebnis, vor allem wenn man auf die aktuelle Lage

blickt. Es zeigt auch, dass die SPD zwar kontrovers diskutiert, aber im Ergebnis geschlossen agiert. Die Partei steht hinter Martin Schulz, und er kann so gestärkt in die Gespräche mit der Union gehen.

**Beschlüsse zur inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung der SPD.**

**Meine Meinung:** Mit der Stärkung der regionalen Strukturen und der verstärkten Nutzung moderner digitaler Formen der Beteiligung und der Debatte ist die SPD eine offene, innovative und diskussionsfreudige Partei im digitalen Zeitalter.

Wir nehmen uns der großen Zukunftsfragen an: der Zukunft Europas, des sozialen Fortschritts durch technologischen Wandel, der Überwindung bestehender Ungleichheiten, der Herstellung globaler Gerechtigkeit sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Stärkung der Demokratie.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## KLR TXT

### SOZIALPARTNERSCHAFT BEIM MINDESTLOHN FUNKTIONIERT

Den Mindestlohn gesetzlich auf 12 Euro pro Stunde erhöhen? Ich halte das für den falschen Weg. Warum? Das habe ich in einer Rede im Bundestag begründet.

Und so sieht das dann im Plenarprotokoll aus, das von den Stenografinnen und Stenografen des Deutschen Bundestages erstellt wird:

**Bernd Rützel (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ja, viele fordern derzeit einen höheren Mindestlohn, nicht nur Olaf Scholz, nicht nur, viel früher, Papst Leo XIII.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: 1891!)

– Matthias, ich habe erwartet, dass du das weißt. – Ich unterstütze das auch.

(Beifall des Abg. Bernd Riexinger [DIE LINKE])

Auch ich finde, dass der Mindestlohn höher werden darf, höher werden muss. Wer soll denn etwas dagegen haben? Ich sage aber auch: Wir machen das nicht per Gesetz. Wir sollten das denen überlassen, die dafür zuständig sind.

Der Mindestlohn war und ist *die* Sozialreform, die wir in der letzten Legislatur auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Er hilft und schützt 4 Millionen Menschen, die dadurch eine sehr große Lohnerhöhung erhalten haben und erstmals in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gekommen sind.

Der Mindestlohn ist aber nach wie vor kein guter Lohn. Er ist eine Untergrenze gegen Lohndumping, eine Untergrenze gegen schlechte Bezahlung und Ausbeutung, eine Untergrenze für Wettbewerbsfähigkeit. Es ist gut, dass wir den Mindestlohn auf den Weg gebracht haben.

Ich bin froh, dass Jamaika nicht zustande gekommen ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Da bist du aber einer der wenigen in der SPD!)

Denn Sie wollten – das kann man nachlesen – den Mindestlohn schleifen.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wo haben Sie das denn gelesen?)

Ich erwarte jetzt Widersprüche und Zwischenrufe; Matthias Zimmer, dir glaube ich, wenn du sagst, dass der Mindestlohn kontrolliert werden muss. Die Argumente dagegen werden unter dem Deckmäntelchen vorgebracht, dass die „schlimme“ Bürokratie abgebaut werden muss. Das geht man elegant an. Ich sage: Die Aufzeichnung von Arbeitszeit und die entsprechenden Kontrollen stellen keine bürokratischen Monster oder Zumutungen dar.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Mindestlohn kann nur wirken, wenn man ihn kontrolliert. Ich danke meinem Vorredner für dieses Argument.

Alle hier sind sich im Klaren darüber, dass das Mindestlohngesetz ein klarer Eingriff in die Tarifautonomie gewesen ist. Zehn Jahre vorher war das nicht vorstellbar. Die Zeit war nun aber reif. Die Zeit war gekommen, und wir haben den Mindestlohn auf den Weg gebracht.

Nun ist die Mindestlohnkommission zuständig. Die Aufgabe der Lohnfindung liegt wieder dort, wo sie hingehört, nämlich bei den Tarifpartnern. Da ist sie am besten aufgehoben, da gehört sie hin.

(Abg. Jutta Krellmann [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Lieber Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Bernd Rützel (SPD):**

Nein. – Abschließend will ich sagen: Wenn wir uns weiter auf den Weg machen, die Tarifbindung zu stärken, wenn wir uns weiter auf den Weg zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen machen, wenn wir die Tarifautonomie schützen, wenn wir einen Pakt für gute Löhne unterstützen, wenn wir dafür sorgen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, mehr Rente bekommen, als sie an Sozialhilfe erhalten würden, wenn wir Leiharbeit und Werkverträge noch stärker zügeln, wenn wir die Arbeit auf Abruf – das ist eine schlimme Sache – eindämmen, dann wird durch diese flankierenden Maßnahmen auch der Mindestlohn steigen. Dann sind wir auf einem guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## PODIUMSDISKUSION BEIM GEWERKSCHAFTSTAG DER DPVKOM



„Arbeit sozial gestalten“ war das Thema bei der Podiumsdiskussion der Fachgewerkschaft für die Beschäftigten der Post, Postbank, Telekom und Call-Center, an der ich als Vertreter der Bundestagsfraktion teilgenommen habe. Erhebliche Überlastungen der Beschäftigten sind in den genannten Branchen keine Seltenheit. Unsere Positionen sind klar: Eine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes zulasten der Beschäftigten ist mit der SPD nicht zu machen! Sachgrundlose Befristungen sind inakzeptabel und gehören abgeschafft. Dafür setze ich mich ein.

## BETRIEBSVERSAMMLUNG DER DB NETZ AG IN WÜRZBURG



Pudelwohl habe ich mich bei meiner Eisenbahnerfamilie zur Betriebsversammlung in Würzburg gefühlt. Dort habe ich viele bekannte Gesichter gesehen und Menschen getroffen, die mich lange Jahre begleitet haben.

In meinem Vortrag habe ich begründet, weshalb das „Jamaika-Aus“ aus Eisenbahnersicht positiv zu bewerten ist: FDP und Grüne wollten den integrierten Konzern zerschlagen und Netz und Betrieb trennen und teilweise privatisieren.

Es ist gut, dass wir als SPD auf unsere Eisenbahn aufpassen! Vielen Dank dem Betriebsrat für die Einladung. Und ein Appell an alle EisenbahnerInnen: Engagiert Euch in Gewerkschaften und stärkt Eure Betriebsräte!

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## BUNDESTAGSDEBATTE ZU MASSEN- ENTLASSUNGEN BEI UNTERNEHMEN

Immer wiederkehrende Massenentlassungen bei profitablen Großunternehmen in Deutschland - zuletzt bei Siemens - waren jetzt Thema im Bundestag.

In meiner Rede appellierte ich an die Unternehmen, denn es geht um Vertrauen - gegenseitiges Vertrauen der Unternehmen in ihre Belegschaft und umgekehrt. Dieses Vertrauen wird immer häufiger erschüttert.



Ein Unternehmen, das Milliardengewinne macht, aber quasi im gleichen Atemzug ankündigt, Tausende von Stellen zu streichen, ist eine Katastrophe für die betroffenen Beschäftigten und ihre Familien – sie sind es, die jeden Tag dort zur Arbeit gehen und die Rekordgewinne erwirtschaften.

Und auch für Deutschland als Wirtschaftsstandort ist dieses Verhalten eine Katastrophe. Wenn manche Unternehmen nur noch kurzfristige Gewinnmaximierung im Auge haben, statt langfristig Verantwortung zu übernehmen, müssen wir am Ende des Tages auch gesetzgeberisch tätig werden.

Verlassen können sich die die Beschäftigten - und auch die Unternehmen - auf ihre Betriebsräte. Das sind häufig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die schon länger in einem Unternehmen sind und es besser kennen als mancher, der kurzfristig die Geschicke lenkt. Ihnen gilt mein besonderer Dank!

## DISKUSSION ZUR REGIERUNGS- BILDUNG IN WÜRZBURG

Auf Einladung der Würzburger SPD-Vorsitzenden Katharina Räth stand ich im gut besuchten "Martinz" den Fragen und Redebeiträgen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger zum Thema Regierungsbildung Rede und Antwort.



Eines wurde besonders deutlich angesprochen: Die SPD soll die Themen in den Vordergrund stellen. Dann wird man sehen, wie sich die Union verhält, so der einhellige Tenor unter den Anwesenden. Eine sehr gute Diskussion, die wieder einmal gezeigt hat, dass wir *die* Mitmachpartei sind.



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## VERFASSUNGSEMPFANG DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

„Eine Demokratie braucht DemokratInnen“ lautete das Motto zum Verfassungsempfang der BayernSPD Landtagsfraktion in Würzburg.



MdL Georg Rosenthal hatte eingeladen und Markus Rinderspacher, SPD-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, hielt die Festrede.

Darin würdigte er nicht nur den Verfassungsvater Wilhelm Hoegner (SPD), sondern erinnerte insbesondere an Kurt Eisner (SPD), der am 8. November 1918 den Freistaat Bayern ausgerufen hatte. Zahlreiche Reformen gehen auf sein Wirken zurück, wie zum Beispiel das Frauenwahlrecht und der Achtstundentag.



Die Ansprache geriet zu einer richtigen Geschichtsstunde mit Gänsehautfaktor. Was uns heute selbstverständlich erscheint, musste über Jahre hart erstritten werden. Dies zu bewahren und im Sinne der Begründer fortzuschreiben, ist unser aller Aufgabe. Ganz getreu dem eingangs genannten Motto „Eine Demokratie braucht DemokratInnen“, welches übrigens auf einen weiteren großen Sozialdemokraten zurück geht: Friedrich Ebert.



## BETREUUNGSGELD IN BAYERN AUCH FÜR BEZIEHER VON HARTZ IV

Wenn schon Betreuungsgeld, dann doch bittschön für Alle - auch für Bezieher von Hartz IV (Arbeitslosengeld II nach SGB II) und Sozialhilfe (nach SGB XII)!

Bisher wurde das bayerische Betreuungsgeld auf Hartz IV- und Sozialhilfe-Leistungen angerechnet. Das Sozialgericht Bayreuth hat mit Urteil vom 28.11.2017 jetzt dieser Praxis widersprochen.

Wichtig für die Betroffenen ist nun, in den restlichen Wochen dieses Jahres einen Überprüfungsantrag einzulegen, sonst gehen die Ansprüche von 150 EUR im Monat für das Jahr 2016 verloren. Gleiches gilt für neue Bescheide, in denen das bayerische Betreuungsgeld angerechnet wird. Gegen diese sollte sofort Widerspruch eingelegt werden.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## SOPHIES POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Sophie Maier aus Bischbrunn, die seit wenigen Wochen nun in den USA ist. Hier ihr aktueller Bericht:

Meine Vorweihnachtszeit in den USA war ereignisreich. In den ersten beiden Dezemberwochen hatte mein College „Final Weeks“. Das hieß auch für mich lernen und auf die Abschlussprüfungen vorbereiten. Nachdem ich alle Prüfungen gut bestanden habe, ist meine Collegephase auch schon vorbei. Diese Zeit hat mir immer viel Spaß gemacht und ich habe viele neue Leute kennen gelernt. Jetzt freue ich mich aber auch schon auf meine Praktikumsphase im neuen Jahr und auf Weihnachten.

Schon Ende November waren alle Häuser, Straßen und Einkaufszentren mit bunten Lichtern geschmückt. Auch die meisten Familien fingen schon an, den Weihnachtsbaum im Haus aufzustellen und zusammen zu schmücken. Am letzten Wochenende habe ich mit meiner Gastfamilie den Weihnachtsmarkt in „Laevenworth“ besucht. Das ist eine kleine Stadt, die an ein bayerisches Dorf erinnert. Es gab Glühwein, Bratwurst und „traditionelle bayerische“ Musik. Jetzt freue ich mich aber schon auf das richtige amerikanische Weihnachten mit meiner Gastfamilie in Seattle.

My Christmas season in the USA was eventful. For the first two weeks of December, my college had

"Final Weeks". That meant learning for me and preparing for the final exams. After passing all the exams, my college period is already over. This time has always been a lot of fun and I have met many new people. But now I'm looking forward to my internship in the new year and Christmas.

By the end of November, all the houses, streets and shopping malls were decorated with colorful lights. Most families also began to set up the Christmas tree in the house and decorate together. Last weekend, I visited the Christmas Market in Laevenworth with my host family. This is a small town that is reminiscent of a Bavarian village. There was glühwein, bratwurst and "traditional Bavarian" music. But now I'm looking forward to the typical American Christmas with my host family in Seattle.



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

### Volkmar Halbleib

Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für  
Stadt und Landkreis Kitzingen



### **Wir dürfen uns im reichen Bayern nicht mit der drohenden Kinderarmut abfinden**

Liebe Leserinnen und Leser,

245.000 Minderjährige in Bayern sind armutsgefährdet. Im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ haben wir daher Mitte Dezember an die Staatsregierung appelliert, das Thema Kinderarmut anzugehen. Es kann doch nicht sein, dass wir uns im reichen Bundesland Bayern, einfach mit so einer traurigen Tatsache abfinden.

Kinder, die in Armut leben, haben erwiesenermaßen nicht nur schlechtere Bildungschancen. Armut wirkt sich zudem negativ auf die Gesundheit der Kinder und ihr ganzes soziales Leben aus. Ohne das nötige Kleingeld ist es eben heutzutage sehr schwer, dazuzugehören.

Die SPD-Fraktion plädiert deshalb für die staatliche Kindergrundsicherung, für kostenfreie, qualitativ hochwertige Bildung von Anfang an, ein Recht auf guten Ganztags und — nach wie vor — für mehr bezahlbaren Wohnraum für Familien. Zu letzterem Thema passt auch, dass die CSU zwar mit großem Getöse, den sogenannten Wohnraumpakt Bayern aus der Taufe gehoben hat, aber in unserer Region gerade mal 17 Wohnungen in der kommunalen Fördersäule mitfinanziert wurden. Lächerlich wenig also angesichts des kommunalen Wohnungsmangels für Geringverdiener und Familien mit niedrigerem Einkommen.

Dank der positiven Konjunktur sprudeln die staatlichen Steuereinnahmen derzeit nur so. Angesichts dessen haben es gerade die ärmeren Menschen in Bayern verdient, dass etwas von dem Geldsegen auch bei ihnen ankommt. Genug Spielraum wäre jetzt schon da. Noch

höher wäre der, würde die Staatsregierung endlich dafür sorgen, dass Milliardäre und Großkonzerne ihre Steuern bezahlen, statt sich allein beim braven Steuerzahler und ehrlichen einheimischen Unternehmen zu bedienen und Apple, Starbucks und Konsorten unbehelligt zu lassen.

Ihr/Euer  
Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030

buergerbuero-halbleib@t-online.de

### Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-  
Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und  
Miltenberg



### **Kinderarztmangel in Bayern wirksam bekämpfen – Engpässe auch am Bayerischen Untermain**

Liebe Leserinnen und Leser,

die Situation bei der Kinderarztversorgung in Bayern wird zunehmend kritischer. Bei einer Expertenbefragung im Gesundheitsausschuss des Landtags wurde jetzt deutlich: Bayern hat ein massives Kinderarztproblem. Nicht nur in den ländlichen Gebieten, wie ganz aktuell auch im Landkreis Miltenberg, sondern auch in den Städten haben Eltern oft große Probleme, einen Arzt für ihr Kind zu finden. Bei vielen Kinderärzten sind die Wartezimmer so überfüllt, dass sie keine neuen Patienten mehr annehmen. Diese Situation ist für die Familien und Kinder untragbar.

Der Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung (KVB) im Bezirk Unterfranken beschäftigt sich zurzeit mit dem Antrag auf Ausweitung eines zusätzlichen Kinderarztsitzes im Landkreis Miltenberg. Allerdings sind nach den Zahlen der KVB noch ausreichend Behandlungsplätze im Landkreis vorhanden.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Eine Versorgungslücke besteht nach Ansicht des Ausschusses nicht, und deshalb auch kein aktueller Handlungsbedarf, wie mir die KVB auf meine Anfrage antwortete. Die inzwischen von der KVB eingerichtete „Kinderarzhotline“ ist langfristig gesehen keine ausreichende Lösung. Damit werden wir uns nicht zufrieden geben.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung deshalb auf, in Sachen kinderärztlicher Versorgung schnellstmöglich ein klares Konzept vorzulegen, um die angespannte Lage bayernweit, aber auch bei uns am Untermain, zu verbessern. So sollten so rasch wie möglich die Regionalisierung und der Verteilungsschlüssel der KVB in Kooperation mit den betroffenen Kommunen und dem Gesetzgeber überprüft werden. Auch Kriterien, die die Erreichbarkeit von Kinderärzten im Nahbereich anhand von maximal zulässigen Entfernungen oder Anfahrtszeiten regeln und nicht über die Einwohnerrelation der gesamten Region, könnten sinnvoll sein.

Die SPD im Landkreis Miltenberg hat bei einer Unterschriftenaktion für mehr Kinderärzte nun über 1500 Unterschriften gesammelt. Mit der Aktion möchte man die KVB zu einer raschen Behebung des Missstandes bewegen. Diese Initiative unterstütze ich nachdrücklich. Denn das sind wir den Kindern und ihren Eltern schuldig.

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlnr.de

## GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher in der  
SPD-Landtagsfraktion  
Abgeordneter für Würzburg-  
Stadt  
Betreuungsabgeordneter für  
Main-Spessart



**Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern  
müssen oberste Priorität haben**

Das durchschnittliche Einkommen im Landkreis Main-Spessart pro Kopf lag 2015 bei 22.280 Euro im Jahr und damit 1.378 Euro unter dem Durchschnittseinkommen in Bayern (23.658 Euro). Besonders groß ist der Einkommensunterschied im Vergleich zu Oberbayern, wo jeder Bürger im Jahr 25.868 Euro verdient.

Die Einkommen in Bayern sind sehr ungleich verteilt. Das zeigt die Antwort der Staatsregierung auf eine SPD-Anfrage. So haben die Menschen im Landkreis Main-Spessart nach Abzug von Steuern und Sozialleistungen durchschnittlich etwa 1.378 Euro weniger Geld im Jahr zur Verfügung als der Durchschnitt in Bayern. Besonders fällt zudem auf, dass es den Menschen in Oberbayern besonders gut geht: Hier konzentriert sich mit 117.817 Millionen Euro inzwischen beinahe die Hälfte des verfügbaren Einkommens in Bayern von 302.060 Millionen Euro.

Am 15. September 2013 hat die bayerische Bevölkerung in einem Volksentscheid auf Initiative der SPD mit großer Mehrheit dafür gestimmt, das Ziel der „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ in Bayern in die Verfassung aufzunehmen. Um dieses Verfassungsziel mit Leben zu füllen, wurde die Enquête-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ eingesetzt.

Leider müssen wir heute feststellen, dass die Lebensverhältnisse weiterhin stark je nach Wohnort variieren: auf dem Land gibt es zunehmend Leerstände, keinen flächendeckenden ÖPNV und eine immer geringere Versorgung mit Hausärzten. In den Metropolregionen dagegen herrscht Wachstumsdruck. Wohnungsnot, explodierende Mietpreise sowie mangelnde Infrastruktur gehören zu den Hauptproblemen. Die Staatsregierung steht hier also in der Pflicht, dringend gegenzusteuern. Als Leitfaden dafür soll der Ende Januar erscheinende Abschlussbericht der Enquete-Kommission dienen."

Ihr/ Euer

Georg Rosenthal

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL  
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162  
buergerbuero@georg-rosenthal.de